



Presseschau vom 07.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Scott Ritter: Russlands "Plan zur Invasion der Ukraine" existiert nur in den Köpfen der USA und der NATO

Die Ukraine hat Russland beschuldigt, sich auf eine Invasion der Ukraine vorzubereiten und hat damit eine internationale Krise ausgelöst. Um einen Konflikt zwischen der NATO und Russland zu vermeiden, sind Joe Biden und Wladimir Putin nun zu einem Telefonat gezwungen. ...

<https://kurz.rt.com/2qtn>

Dakotah Lilly: Nach Erfolg von Maduro-Partei in Venezuela: USA wittern wieder Wahlbetrug

Bei den jüngsten Wahlen in Venezuela hat die linke Regierungspartei von Nicolás Maduro 20 von 23 Gouverneursposten gewonnen. Vorhersehbar krakeelen die USA über Wahlfälschung. Aber unser Autor hat selbst miterlebt, dass die Wahlen völlig frei und fair waren. ...

<https://kurz.rt.com/2qsc>

Tom Fowdy: Warum die EU mit Chinas Belt and Road Initiative niemals in Konkurrenz treten kann

Der Versuch der Europäischen Union, mit ihrem Mega-Vorhaben "Global Gateway" zu Chinas Belt and Road Initiative (BRI) in Konkurrenz zu treten, ist zum Scheitern verurteilt,

weil Brüssel nicht in der Lage ist, unter seinen Mitgliedern Einigkeit herzustellen. ...

<https://kurz.rt.com/2qsx>

Anna Dolgarjowa: **Selenskijs Zwickmühle: Eskalation im Donbass und Staatlichkeitsverlust – oder innenpolitischer Zoff**

Der ukrainische Staatschef Selenskij steht vor einer schweren Wahl: Eskaliert er nicht bald im Donbass, bekommt er große innenpolitische Probleme. Und wenn doch, riskiert er, die ganze Ukraine zu verlieren – die NATO zumindest wird ihm ganz sicher nicht zu Hilfe eilen. ...

<https://kurz.rt.com/2qt8>

abends/nachts:

de.rt.com: **Putin zum schweren Grubenunglück: "Profitinteressen der Eigentümer müssen zurückstehen"**

Nach dem Grubenunglück im westsibirischen Kemerowo mit über 50 Todesopfern und ebenso vielen Verletzten hat in Russland die politische und juristische Aufarbeitung begonnen. Präsident Putin kritisierte das ungezügelte Profitstreben der Grubenbetreiber scharf und forderte Änderungen der Arbeitsgesetze.

In Russland hat die politische Aufarbeitung des schweren Grubenunglücks Ende November in der Region Kemerowo begonnen. Wie RT berichtete, explodierte am 25. November Methangas im Kohlebergwerk Listwjashnaja in der westsibirischen Region Kemerowo. Dabei kamen nach derzeitigem Stand 46 Bergleute ums Leben. Bei den anschließenden Rettungsarbeiten verunglückten 5 Rettungskräfte. 49 Personen befinden sich nach wie vor mit Verletzungen unterschiedlichen Grades in Krankenhäusern.

Wie die Ermittlungen bereits jetzt zutage förderten, entsprachen die Sicherheitsvorkehrungen im Schacht "Listwjashnaja" nicht den gesetzlichen Anforderungen und dem modernen Stand der Technik. Bergarbeiter berichteten, dass sie mit nicht kompletter und teilweise defekter Ausrüstung unter Tage fahren müssen. Messsysteme für die Anwesenheit von Methangas seien teilweise defekt gewesen, teilweise sei nahe der Oberfläche gemessen worden.

Danach gefragt, warum sie ihr Leben so auf Spiel setzen – schließlich wissen doch auch sie um die erhöhte Gefährlichkeit solcher Zustände –, antworteten die Befragten übereinstimmend, dass sie und ihre Familien auf die von der Fördermenge an Kohle abhängenden Anteile ihrer Entlohnung angewiesen seien. Das Grundgehalt reiche nicht einmal zum nackten Überleben.

Darauf reagierte nun Präsident Wladimir Putin. Er forderte in einer gemeinsamen Beratung mit der Regierung am 5. Dezember, dass die Gehälter der Bergleute nicht mehr von der geförderten Menge der Bodenschätze abhängen dürfen und das Grundgehalt so hoch sein müsse, dass die Bergleute nicht länger genötigt werden, ihr Leben derartig aufs Spiel zu setzen.

Hiervon unabhängig wurden gegen die Verantwortlichen Strafverfahren eingeleitet. Wladimir Putin forderte, diese Verfahren im Einklang mit den geltenden Gesetzen durchzuführen. Pauschale Verurteilungen dürfe es nicht geben, die tatsächlich Schuldigen aber müssen einem fairen Gerichtsverfahren zugeführt werden.

Putin zeigte sich bestürzt darüber, wie rücksichtslos das Profitstreben der Grubeneigentümer unter den gegenwärtigen Bedingungen ist:

"Wozu das Ganze? Um mehr Kohle zu fördern und zu exportieren? Und jetzt sitzen wir hier mit gesenkten Köpfen."

Der Präsident forderte juristische und politische Konsequenzen:

"Es ist unzulässig, die Männer, die unter Tage arbeiten, so rücksichtslos auszubeuten. Ihr Leben und ihre Gesundheit müssen geschützt sein. Dies ist eine persönliche Verantwortung eines jeden, der an der Organisation der Kohleförderung beteiligt ist: Der Direktoren, der

staatlichen Kontrollorgane, auch der Eigentümer. Denjenigen, der in der Jagd nach Profiten Menschenleben gefährdet, muss man nach aller Härte des Gesetzes zur Verantwortung ziehen. Ebenso für die Einhaltung der Sicherheitsnormen, den Zustand der Ausrüstung und der individuellen Rettungsmittel."

Die Aufteilung der Entlohnung in einen festen und einen leistungsabhängigen Bestandteil war auch in der Sowjetunion üblich. Allerdings wurde die Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen damals strengstens von staatlichen Aufsichtsorganen und von der Gewerkschaft überwacht.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ae5505b480cc20801acdac.jpg>

de.rt.com: USA erwägen die "härtesten" Sanktionen gegen Russland, die es je gab – außer Iran und Nordkorea

Nach CNN-Angaben erwägt Washington angesichts der angeblichen Aggression Russlands gegen die Ukraine die "härtesten" antirussischen Sanktionen, die es jemals gab, "mit Ausnahme von Iran und Nordkorea". Unter anderem wollen die USA Russland vom SWIFT-System abschneiden.

Unter Berufung auf Quellen, die "mit den Gesprächen vertraut" sein sollen, hat der US-Fernsehsender CNN am Montag berichtet, dass Washington aktuell neue Sanktionen gegen Russland erwäge. Die Maßnahmen sollten den russischen Präsidenten Wladimir Putin "von einer Invasion in die Ukraine abhalten". Die Mitteilung erfolgt nur einen Tag vor der geplanten Videokonferenz zwischen US-Präsident Joe Biden und dem russischen Staatschef zur Lage um den Konflikt in der Ostukraine am 7. Dezember.

Die Einschränkungen würden sich nach CNN-Angaben gegen Putins engsten Kreis, Staatsschulden sowie russische Energieunternehmen und Banken richten.

Darüber hinaus soll sich Washington die Möglichkeit vorbehalten, Russland vom SWIFT-System abzuschneiden – dem internationalen Interbankensystem zur Übermittlung von Informationen und Zahlungen. Wenn die Drohung, die die westlichen Staaten schon mehrmals in den Gesprächen mit Russland auf den Tisch gebracht hatten, verwirklicht würde, könnte das zu einer temporären Lahmlegung des Außenhandels führen und sich negativ auf viele russische Unternehmen auswirken. Visa- und Mastercard-Karten würden in Russland höchstwahrscheinlich nicht funktionieren, und Einwohner könnten mit einem Warendefizit konfrontiert werden. Den Schritt halte das Weiße Haus vorübergehend für eine "nukleare Variante", so die CNN-Quellen.

Aktuell sollen die USA diese Option mit den europäischen Partnern diskutieren. Washington hoffe damit auf eine Koordinierung der Aktionen. Im Bericht wird eine der Quellen mit den folgenden Worten zitiert:

"Wir haben ein verdammt aggressives Paket vorbereitet."

Die neuen Sanktionen sollen nach der Einschätzung der CNN-Quellen die "härtesten" sein, die es je gegeben habe – "mit Ausnahme von Iran und Nordkorea".

Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow kommentierte die Berichte über die Erweiterung der Sanktionen und nannte sie eine "Informationshysterie":

"Das sind eher keine Nachrichten, sondern die Forsetzung einer Informationshysterie, die wir in letzter Zeit in den Medien sehen."

Peskow betonte zudem, dass die NATO aktuell eine aggressive Position demonstriere. In Bezug auf die bevorstehende Konferenz zwischen Putin und Biden warnte der Kremlsprecher, man dürfe keinen Durchbruch von diesen Gesprächen erwarten. Die aktuelle Beziehung zwischen Moskau und Washington verglich Peskow mit "Augiasställen", die "in wenigen Gesprächsstunden" nicht auszumisten seien.

Am Freitag hatte Biden auf die Einführung der neuen Sanktionen hingedeutet und erklärt, ein umfassendes und sinnvolles Paket an Initiativen zusammengestellt zu haben, "die es Putin erschweren, das zu tun, was viele befürchten". Zur selben Zeit unterstrich der US-Staatschef bezüglich der Forderung Russlands nach Garantien auf ein Ende der NATO-Osterweiterung, er akzeptiere "niemandes rote Linien".

In den letzten Wochen spitzt sich die Situation um den Konflikt in der Ostukraine zu. Kiew und die westlichen Staaten werfen Moskau vor, Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen, und zeigen sich über die angebliche Gefahr eines russischen Einmarschs auf ukrainisches Territorium besorgt. Russland erwidert, die Verlegung der russischen Truppen auf russischem Territorium richte sich gegen keinen anderen Staat. Moskau befürchtet seinerseits, Kiew bereite sich auf eine groß angelegte Offensive gegen die selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk vor.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ae5f3eb480cc1f3202c9b0.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Israel führt neue Luftattacke gegen syrische Hafenstadt aus – Bericht

Israel hat nach einem Bericht der syrischen Nachrichtenagentur Sana einen Luftangriff auf das Hafengebiet von Latakia in Syrien am Dienstag durchgeführt.

Demnach wurde der Angriff mit mehreren Raketen aus Richtung Mittelmeer auf einen Standort mit Containern in einem Handelshafen durchgeführt. Durch den Angriff gerieten

mehrere Container in Brand.

Bisher wurden keine Verletzten oder Toten gemeldet.

Auf Youtube erschienen [Videos](#), die angeblich die Angriffe auf Latakia zeigen.

Es kommt immer wieder zu Attacken aus Israel gegen Syrien. Ende November hatten Syriens Streitkräfte darüber informiert, dass Israel eine Attacke auf die syrische Stadt Homs durchführte. Die israelische Luftaggression mit dem Einsatz von Raketen war demnach vom Norden Beiruts aus unternommen worden. Die syrische Armee hatte die meisten Raketen abwehren können. Laut offiziellen Angaben waren sechs Soldaten verletzt worden, zudem war ein ernsthafter Schaden entstanden. Die Nachrichtenagentur Sana hatte über zwei Todesopfer unter Zivilisten gemeldet.

Latakia ist die einzige große syrische Hafenstadt am Mittelmeer. Sie liegt 50 Kilometer südlich der türkischen Grenze entfernt und führt über ihren Hafen lebenswichtige Güter ins Land ein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/07/4595436_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_d86f755fe333738acb979d710a1fc388.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. Dezember 3:00 Uhr bis 7. Dezember 3:00

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks)**.

Die Versuche der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde bei der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen gab es unverändert die Antwort:

Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 2.

de.rt.com: Umfrage: Nur elf Prozent der Russen verbinden mit der UdSSR Negatives

Laut einer Umfrage verbinden die Russen von heute mit der früheren Sowjetunion mehrheitlich positive Erinnerungen und Assoziationen. Nur elf Prozent nannten im Zusammenhang mit der UdSSR Negatives. Hingegen nimmt die Kenntnis vom früheren Staatsaufbau zunehmend ab.

Das renommierte Markt- und Meinungsforschungsinstitut WZIOM mit Sitz in Moskau veröffentlichte am Montag die Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung der Einstellungen der heute lebenden Russen zur untergegangenen Sowjetunion. Im Rahmen der Untersuchung sollte jeder Befragte eine Eigenschaft benennen, die er am stärksten mit der UdSSR verbindet. Nur elf Prozent der Befragten führten negative Assoziationen an: Hiervon dachten fünf Prozent an den Warenmangel, vier Prozent an Armut, ein Prozent an den Gulag und ebenfalls ein Prozent an den eisernen Vorhang. Hingegen dominierten positive Erinnerungen und Assoziationen deutlich: 21 Prozent der Befragten verbinden die Sowjetunion mit dem Glauben an eine bessere Zukunft, 13 Prozent gaben ohne nähere Substantiierung "angenehme Erinnerungen" als Antwort, für elf Prozent war am bedeutsamsten, dass ihre Eltern damals jung waren. Zehn Prozent assoziieren die Sowjetunion mit Völkerfreundschaft. Je acht Prozent gaben eine der folgenden Antworten: "Wir lebten besser", "Gute kostenlose Bildung", "Große Politiker (Lenin, Stalin, Breschnew)". Sieben Prozent vermissen den Großmachtstatus und fünf Prozent das menschliche Miteinander.

Da Mehrfachnennungen erlaubt waren, kamen weitere positive Assoziationen auf bis zu drei Prozent, beispielsweise der Sieg im Zweiten Weltkrieg, der Weltraumflug Gagarins oder das leckere Speiseeis.

In anderen Teilen der Untersuchung fand das Meinungsforschungsinstitut heraus, dass 82 Prozent der Russen die Abkürzung UdSSR entschlüsseln können, dieser Anteil sinkt allerdings in der Gruppe der Teenager auf nur noch 59 Prozent.

Schlechter sah es mit der Kenntnis der Teilrepubliken des früheren Bundesstaates mit ihren korrekten Bezeichnungen aus. Nur sechs Prozent vermochten alle 15 Republiken korrekt und vollständig aufzuzählen. Am ehesten kennen die Befragten noch die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, die von 65 Prozent der Befragten spontan genannt wurde. Interessanterweise ist auch die damalige Bezeichnung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik nur einer Minderheit der Russen geläufig: Nur 28 Prozent der Befragten gaben die korrekte Bezeichnung an.

An der Umfrage waren 1.600 Probanden beteiligt, sie erfolgte telefonisch. Die Fehlerquote gibt das Institut mit 2,5 Prozent an.

WZIOM wurde 1987 gegründet und war damit das erste kommerzielle Meinungsforschungsinstitut des Landes. Zu den Kunden des Instituts gehören die größten Konzerne Russlands, staatliche Stellen und ausländische Investoren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61ae3bedb480cc20801acd9b.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. Dezember um 9:00 Uhr 20.861 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

636 Personen sind derzeit erkrankt, 17.259 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2966 Todesfälle.

snews.de: **USA und EU könnten Umtauschsperrn für Rubel einführen – Bloomberg**

Vor dem Hintergrund weiterer Spekulationen über einen angeblich möglichen Angriff Russlands auf die Ukraine erwägen die USA und die EU Sanktionen gegen die russischen Banken, darunter die Auferlegung von Umtauschsperrn für den russischen Rubel auf dem internationalen Schuldenmarkt. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg am Dienstag.

Laut den mit der Angelegenheit vertrauten Quellen richten sich die möglichen Sanktionen unter anderem gegen einige der größten russischen Banken und den Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF). Diese soll der US-amerikanische Präsident Joe Biden gegebenenfalls bei einem Telefongespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Dienstag erläutern. Damit könnten die USA die Fähigkeit von Investoren einschränken, russische Anleihen auf dem Sekundärmarkt zu kaufen, so die Quellen. Die drastischste Option wäre dem Bericht zufolge der Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungsverkehr Swift. Darüber hatte am Montag auch der Sender CNN berichtet. Da dieser Schritt aber für die Bürger verheerende Folgen haben würde, überlegen die USA vielmehr, Russlands Fähigkeit anzugreifen, Rubel in andere Währungen wie Dollar, Euro oder britische Pfund umzuwandeln.

Ein hochrangiger Beamter der US-Regierung hatte am Montag vor Reportern deutlich gemacht, so Bloomberg, dass Washington im Falle eines russischen Angriffs keine Truppen in die Ukraine entsenden wolle. Er betonte aber zugleich, dass die USA in solch einem Fall der Ukraine Unterstützung leisten und mehr Streitkräfte an die an Russland angrenzenden Nato-Verbündeten entsenden würden.

Spekulationen über angebliche russische Attacke

Seit einem Monat machen Berichte über eine angebliche Vorbereitung Russlands für einen Angriff auf die Ukraine in den US-amerikanischen Medien die Runde. Anfang November hatte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Admiral John Kirby, unter Berufung auf das Pentagon, Russland „ungewöhnliche militärische Aktivitäten in der Nähe der Ukraine“ vorgeworfen.

Mitte November berichtete der Sender CBS News, dass die US-Geheimdienste die europäischen Partner vor einem möglichen russischen Militäreinsatz in der Ukraine gewarnt hätten. Diese Vorwürfe wurden von dem Leiter des ukrainischen

Verteidigungsnachrichtendienstes, Kirill Budanow, bekräftigt, demzufolge sich Russland angeblich auf einen Angriff Ende Januar oder Anfang Februar vorbereite.

Am Samstag hatte die Zeitung „The Washington Post“ unter Verweis auf die US-Geheimdienste berichtet, dass Russland eine Militäroffensive auf die Ukraine vorbereite, die Anfang des nächsten Jahres eingeleitet werden soll. Nach Einschätzungen des US-Militärs sollen rund 175.000 russische Soldaten eingesetzt werden.

Reaktion Russlands

Bisher wurden keine dieser Anschuldigungen mit Beweisen belegt. Der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte sich in diesem Zusammenhang folgenderweise: „Wir beobachten Versuche, Provokationen durchzuführen, eine Reaktion der Miliz zu bewirken und Russland in eine Art Kampfeinsatz zu verwickeln“.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte erneut, dass Russland für niemanden eine Gefahr darstelle, und warf den USA und seinen Nato-Verbündeten vor, provokative Aktivitäten in der Nähe der russischen Grenzen durchzuführen. Die Allianz solle aufhören, „Waffen in die Ukraine zu pumpen“ und die Ukraine damit „zu wahnsinnigen Aktionen zu ermutigen“, so Peskow.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/07/4596399_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_9c78697cd089b280eeb8736a507f5e6c.jpg

Mzdnr.ru: Am 6. Dezember wurden in der DVR 1983 auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 634 positiv, bei 356 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. In den letzten 24 Stunden wurden 70 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 25 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 49 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1389 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 870 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

Am 7. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 111.963 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5803 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 97.620 als gesund entlassen, es gibt 8540 Todesfälle.

snanews.de: **Berlin, Paris, Washington, Rom und London befürworten Wiederaufnahme von Moskau-Kiew-Dialog**

Die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, der USA, Italiens und Großbritanniens haben sich für die Wichtigkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine im „Normandie-Format“ ausgesprochen.

Ein entsprechendes Telefongespräch fand am Montag statt. Laut dem Élysée-Palast teilten die Staats- und Regierungschefs der Quint-Gruppe (Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und die USA) „die Analyse der Spannung, die es zwischen Russland und der Ukraine gibt“. Außerdem verwiesen sie auf die Wichtigkeit der Wiederaufnahme durch Russland eines Dialogs mit der Ukraine im „Normandie-Format“ unter Ägide Frankreichs und Deutschlands.

Der Sprecher der Bundesregierung, Steffen Seibert, lieferte laut einer entsprechenden Pressemitteilung folgende Informationen zum Thema:

„Sie (die Quint-Gruppe, Anm. d. Red.) bekannten sich uneingeschränkt zur Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und riefen Russland dazu auf, die Spannungen abzubauen und sich konstruktiv bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur friedlichen Lösung des Konflikts in der Ostukraine zu engagieren.“

Die geschäftsführende Bundeskanzlerin Angela Merkel, der amerikanische Präsident Joe Biden, Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron, der Ministerpräsident Italiens, Mario Draghi, und der Premierminister Großbritanniens, Boris Johnson, hätten in diesem Zusammenhang ihre volle Unterstützung für die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des „Normandie-Formats“ ausgesprochen und vereinbart, „sich zu weiteren Schritten eng abzustimmen“.

Die Ukraine und die westlichen Länder haben sich in der letzten Zeit über die Zunahme von „aggressiven Aktivitäten“ besorgt gezeigt, die Russland diesen Herbst angeblich an der Grenze zur Ukraine unternahme.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte mehrmals in diesem Zusammenhang, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen. Außerdem teilte Peskow mit, dass sich Russland alle möglichen Bemühungen gebe, um der Ukraine bei der Regelung des Konflikts im Donbass zu helfen, wobei es sich an das „Normandie-Format“ und die Verpflichtungen des Minsker Abkommens halte.

Am Dienstag soll das Video-Gespräch des russischen und des US-Präsidenten, Wladimir Putin und Joe Biden, stattfinden. Die beiden Staatschefs sollen laut Peskow die Umsetzung der Genfer Abkommen, die Lage in der Ukraine und das Vordringen der Nato nach Osten diskutieren.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/01/0c/486010_0:376:2972:2048_1920x0_80_0_0_f27079d4f0419f9c1e34d85dd3f85e31.jpg

Dan-news.info: Im letzten Jahr wurden im Rahmen des Wiederaufbauprogramms von Wohnraum und Objekten des sozialen Bereich der DVR für 2021 59 Objekte vollständig wiederaufgebaut. Es handelt sich um 25 Mehrparteienwohnhäuser und 34 Objekte des sozialen Bereichs, teilte das Ministerium für Bauwirtschaft und Wohnungs- und Kommunalwirtschaft der DVR mit.

Weitere 27 Objekte sind in Arbeit, aber noch nicht abgeschlossen, allerdings bereits zu mehr 80 Prozent.

Es handelt sich um Objekte, die durch den Krieg zerstört wurden sowie weitere Objekte, die grundlegend saniert werden müssen.

Nach einem anderen Programm zur Verbesserung von Objekten des Wohnraums wurden weitere mehr als 300 Objekte saniert: 60 Häuser, Dächer von 80 Häusern, 168 Aufzüge.

de.rt.com: USA bekräftigen diplomatischen Olympia-Boycott 2022 – Peking: Ihr wart gar nicht eingeladen

Aus Protest gegen vermeintliche Menschenrechtsverletzungen in China haben die USA einen diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele 2022 angekündigt. Im Gegenzug behauptete Peking, die US-Vertreter hätten nicht einmal eine Einladung bekommen.

Am Montag sagte die Sprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki in Washington, die Regierung von Präsident Joe Biden werde keine diplomatischen oder offiziellen Vertreter zu den Olympischen und Paralympischen Spielen nach China schicken. Hintergrund seien der vermeintliche "Genozid" in der autonomen Region Xinjiang und andere angebliche

Menschenrechtsverletzungen.

Der Boykott würde es den US-amerikanischen Athleten aber trotzdem erlauben, an den Wettkämpfen teilzunehmen, und hätte letztlich keinen Einfluss auf den Ablauf der Spiele, so Psaki. Ihr zufolge würde die Entsendung einer Delegation die Olympischen Spiele als "business as usual" behandeln, was die USA "einfach nicht tun können". Die US-Regierung werde die US-amerikanischen Athleten daher von zu Hause aus anfeuern, sagte die Diplomatin weiter.

Auf die Frage, warum die Vereinigten Staaten sich nicht für einen kompletten Boykott der Spiele entschieden hätten, sagte Psaki, man habe die Sportler, die intensiv für die Spiele trainiert hätten, nicht bestrafen wollen. Und die Regierung sei der Meinung, dass auch durch diesen Schritt eine "klare Botschaft" gesendet werde. Sie betonte, die US-Regierung habe internationale Partner über die Entscheidung informiert und überlasse es ihnen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen.

An der Ankündigung übte China harsche Kritik. In einer Stellungnahme erklärte der Sprecher der chinesischen Botschaft in den USA Liu Pengyu gegenüber Reuters, die Entscheidung widerspreche dem "Geist" der Olympischen Spiele, versicherte aber, dass sie keine negativen Auswirkungen auf die Spiele im Februar haben werde:

"Ein solch anmaßender Akt ist nur eine politische Manipulation und eine schwerwiegende Verzerrung des Geistes der Olympischen Charta. In Wirklichkeit interessiert es niemanden, ob diese Leute kommen oder nicht, und es hat keinerlei Auswirkungen auf die erfolgreiche Durchführung der Olympischen Winterspiele 2022 in Peking."

Die US-Politiker seien von vornherein in keiner Weise zu der Veranstaltung eingeladen worden, sodass dieser "diplomatische Boykott" einfach aus dem Nichts komme, fügte Pengyu hinzu.

Noch vor der offiziellen Verkündung aus Washington hatte Peking auf die ersten US-Medienberichte über einen unmittelbar bevorstehenden Boykott bereits extrem verärgert reagiert und mit "entschiedenen Gegenmaßnahmen" gedroht. Chinas Außenamtssprecher Zhao Lijian kritisierte am Montag, dass die US-Politiker "die Boykottfrage aufbauschen", noch bevor sie überhaupt eine Einladung bekommen hätten, und warf ihnen Selbstdarstellung vor. Der Boykott sei "eine Verhöhnung des olympischen Geistes, eine politische Provokation und ein Angriff auf 1,4 Milliarden Chinesen". Das chinesische Volk und die Welt sähen dadurch die Scheinheiligkeit und anti-chinesische Natur der US-amerikanischen Politiker nur noch klarer, so der Sprecher.

Das IOC bezeichnete in einer ersten Reaktion die Anwesenheit von Regierungsbeamten als "eine rein politische Entscheidung, die das IOC in seiner politischen Neutralität uneingeschränkt respektiert". Gleichzeitig mache "diese Ankündigung auch deutlich, dass die Olympischen Spiele und die Teilnahme der Sportler jenseits der Politik stehen und wir dies begrüßen", sagte ein IOC-Sprecher und verwies auf eine Resolution der Vereinten Nationen, die im Konsens aller 193 Mitgliedstaaten angenommen wurde.

Diese Resolution beinhalte die Einhaltung des Olympischen Waffenstillstands für die Olympischen und Paralympischen Spiele Peking 2022 und fordere alle Mitgliedstaaten auf, mit dem IOC und dem Internationalen Paralympischen Komitee bei ihren Bemühungen zusammenzuarbeiten, den Sport als Instrument zur Förderung von Frieden, Dialog und Versöhnung in Konfliktgebieten während und nach Olympischen Spielen und darüber hinaus zu nutzen.

US-Präsident Joe Biden hatte schon seit einiger Zeit öffentlich über einen möglichen Boykott gesprochen, obwohl es zunächst unklar war, ob die Regierung diese Idee nach einem relativ freundschaftlichen virtuellen Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping im vergangenen Monat weiterverfolgen würde. Seit dem Boykott der Olympischen Sommerspiele 1980 in Moskau durch US-Präsident Jimmy Carter als Reaktion auf den sowjetischen Truppeneinmarsch in Afghanistan hat kein US-Staatschef mehr die Spiele

boykottiert.

Obwohl Peking erst vergangene Woche zu "positiveren" Beziehungen mit Washington aufgerufen hatte, verfolgt Biden offenbar weiterhin einen konfrontativen Kurs. Er hat China wiederholt als den größten "Konkurrenten" der USA und als eine Bedrohung bezeichnet, der im indopazifischen Raum die Stirn geboten werden müsse.

Zuvor hatten auch Politiker aus Kanada, Norwegen und den USA sowie Vertreter von fast 200 Menschenrechtsorganisationen mit Blick auf angebliche Menschenrechtsverletzungen gegen muslimische Uiguren in der chinesischen autonomen Region Xinjiang ebenfalls zu einem Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking aufgerufen. Nach Angaben der Times erwägt auch Großbritannien einen politischen Boykott des Wettbewerbs.

Die XXIV. Olympischen Winterspiele werden vom 4. bis 20. Februar 2022 in Peking ausgetragen. Vom 4. bis 13. März finden in der chinesischen Hauptstadt daraufhin die Paralympics statt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61af0420b480cc4d746b7566.JPG>

Dan-news.info: Die gesellschaftliche Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat zu einer Sammlung von Neujahrsgeschenken für Soldaten der DVR aufgerufen. Die Geschenke werden bei den Anlaufstellen der Bewegung angenommen. Es wird um Glückwunschkarten, Basteleien, selbstgemachtes Gebäck und andere Leckereien gebeten.

nachmittags:

snanews.de: **Grünen-Politiker Nouripour befürwortet Olympia-Boykott der deutschen Politik**

Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in China haben die USA einen diplomatischen Boykott der Spiele angekündigt. Nach Ansicht des außenpolitischen Sprechers der Grünen, Omid Nouripour, sollte auch die deutsche Regierung einen solchen Schritt unternehmen. Seine Meinung äußerte Nouripour im Interview mit dem Inforadio des rbb am Dienstag, in dem unter anderem die Ankündigung des diplomatischen Boykotts der Olympischen Winterspiele seitens der USA besprochen wurde.

„Ich halte das, was die Amerikaner machen, für richtig. Es geht nicht, dass man Athleten und Athletinnen, die ihr Leben lang auf ein Ziel hingearbeitet haben, für die Politik verhaftet“, sagte Nouripour.

Angesichts der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in China sei es „notwendig, dass man auch ein klares Signal setzt“.

Der Politiker hält die Herangehensweise der USA, keine Regierungsmitglieder zur Olympiade zu schicken, für richtig und erhofft sich die gleiche Reaktion von der deutschen Bundesregierung.

Zuvor hatte schon die designierte Außenministerin Annalena Baerbock einen politischen Boykott nicht kategorisch ausgeschlossen. Die USA hatten am Montag den diplomatischen Boykott der Spiele im kommenden Jahr angekündigt.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0c/07/4601437_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_ed0ade7aeae40f87849c3d9f1c739bff.jpg

snaneews.de: **Scholz mahnt Russland: Unverletzbarkeit der Grenzen beachten**

Der designierte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich besorgt über den russischen Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine geäußert.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa setzten Prinzipien voraus, die in der Entspannungspolitik ausgehandelt worden seien und bis heute fortwirkten, mahnte Scholz am Dienstag in Berlin bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Spitzen von FDP und Grünen. „Dazu gehört die Unverletzlichkeit und Unverletzbarkeit der Grenzen. Es ist ganz, ganz wichtig, dass niemand in den Geschichtsbüchern wälzt, um Grenzen neu ziehen zu können“, sagte Scholz.

Habeck: „Lösung muss diplomatisch erfolgen“

Aus Deutschland, Europa und den USA werde mit großer Sorge auf die Truppenbewegungen an der ukrainischen Grenze geschaut, sagte Scholz. „Deshalb muss ganz, ganz klar sein, dass das eine inakzeptable Situation wäre, wenn da eine Bedrohung entstünde für die Ukraine“, sagte er. „Deshalb sind wir sehr, sehr klar.“ US-Präsident Joe Biden werde diese gemeinsame Haltung in seinem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zum Ausdruck bringen.

Grünen-Chef Robert Habeck wiederholte seine Haltung, er habe nicht verstanden, warum Deutschland „nicht dazu beiträgt, die ukrainischen Menschen so zu schützen, dass sie nicht erst die Füße weggesprengt bekommen“. Er habe in diesem Zusammenhang von „Defensivwaffen“ gesprochen und sich auf Systeme bezogen, die Angriffe oder eine Verbreitung von Sprengsätzen abwehrten. „Was jetzt die Situation in der Ukraine angeht, so muss die Lösung ja diplomatisch erfolgen. Also die ganze Anstrengung Europas muss darauf gerichtet werden, die bestehenden Formate wieder zu reaktivieren“, so Habeck.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte mehrmals, Moskau habe keine aggressiven Pläne. Russland bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden beunruhigen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/1c/3753358_0:186:2980:1862_1920x0_80_0_0_e87f6d7686a1907b40e657df55688181.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 7.12.2021**
In den letzten 24 Stunden wurde **eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Leninskoje aus **die Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit einem 120mm-Mörser beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 95. Brigade von den Positionen im Gebiet von Majorsk aus **die Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Informationen über Schäden an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer drei Stück **Waffen und Militärtechnik in zwei von der Ukraine kontrollierten Ortschaften** stationiert.

Aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade:
zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Belaja Gora;
ein Schützenpanzer in der Nähe von Troizkoje.

Außerdem wurden **an der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk 30 T-64-Panzer** bemerkt. **Ukrainische Kämpfer verminen weiter Örtlichkeiten** unter Einsatz von von der Genfer Konvention verbotenen Antipersonenminen und schaffen so eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung.

So hat die OSZE-Mission in der Nähe eines Passierpunkts im Gebiet von Marjorsk eine Antipersonenmine festgestellt, die zuvor von Pionieren der 95. Brigade installiert worden war. In Verletzung des Verbots zum Einsatz jeglicher Art von Fluggeräten haben Kämpfer der 93. Brigade eine **Drohnen des Typs „Quadrokopter“** im Gebiet von Tschermalyk gestartet, um Aufklärung entlang der Kontaktlinie zu betreiben. Dabei haben Kämpfer die Drohne gelenkt, die, wie im Bericht der OSZE-Mission erwähnt ist, in Tschermalyk unter dem Anschein von Zivilisten eingetroffen sind.

Gemäß dem offiziellen Bericht der OSZE-Mission vom 6. Dezember 2021 sind Fälle der Eröffnung des Feuers von den Positionen der 25. Luftlandebrigade im Gebiet der Donezker Filterstation und von den Positionen der 93. Brigade innerhalb des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln im Gebiet von Petrowskoje festzustellen.

Wir stellen weiter Fälle **nicht kampfbedingter Verluste unter den ukrainischen Kämpfern** in der OOS-Zone fest.

So haben Kämpfer der 128. Brigade am 5. Dezember, im Vorfeld des „Tags der ukrainischen Streitkräfte“ beschlossen, eine Stromleitung für ein Heizgerät auf einem Beobachtungspunkt zu verlegen. Infolge der Verletzung von Sicherheitsabestimmungen starb Ruslan Nirow, der einen Stromschlag erhielt, zwei weitere wurden mit unterschiedlich schweren Brandverletzungen in das Militärhospital in Mariupol eingeliefert. Bei einer vorläufigen Untersuchung wurde festgestellt, dass die drei Kämpfer bei regnerischem Wetter an einer Stromapparatur arbeiteten und die neue Leitung anschlossen. In dem Bataillon ist eine Kommission der 128. Brigade eingetroffen, um Ermittlungen zu diesem Fall durchzuführen. Trotz der vom Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unternommenen Maßnahmen **nimmt die Kriminalität in den Verbänden der ukrainischen Streitkräfte** im Zusammenhang mit Diebstählen von Waffen, Munition und militärischem Material **weiter zu**. Nach uns vorliegenden Informationen haben ukrainische Verteidiger aus einem mechanisierten Bataillon der 93. Brigade mit der Ausfuhr des gestohlenen Material begonnen, um es nach dem Abmarsch aus der OOS-Zone weiterzuverkaufen. Außer Besitz, der bei örtlichen Einwohnern gestohlen wurde, bringen Kämpfer aus der 93. Brigade Schwarz- und Buntmetalle fort. Von Einwohnern von Ortschaften, die zeitweilig von Kiew besetzt sind, gehen Beschwerden an die Polizei ein, dass ukrainische Kämpfer Stromleitung, die zu Nichtwohnhäusern führen, abmontieren, Lagerräume und Zäune nach Metall durchsuchen sowie mit Hilfe von Minensuchern dieses unter der Erde suchen. Der moralisch-psychische Zustand der ukrainischen Kämpfer in der OOS-Zone bleibt weiter mangelhaft. Die Kommandeure der Truppenteile und Verbände haben die Kontrolle über ihre Untergebenen vollständig verloren. Ein weiterer Vorfall ereignete sich im 2. Luftsturmbataillons der 95. Brigade, in die Freiwillige für den „Tag der ukrainischen Streitkräfte“ nicht nur eine selbstgebaute Drohne für Provokationen an der Kontaktlinie sondern auch eine Partei Alkohol brachten. Nach ordentlichem Konsum von Alkohol begaben sich die Luftlandesoldaten nach Torezk, wo sie einen Raubüberfall auf eine Einwohnerin, geb. 1978, verübten, ihr Geld im Umfang von 800 Griwna und ihr Mobiltelefon wegnahmen. Zu diesem Fall haben Mitarbeiter der Polizei ein Strafverfahren wegen „Raubüberfall“ aufgenommen.

snews.de: **Abkommen über Kommunikationssystem für Streitkräfte der GUS-Staaten in Russland ratifiziert**

Letztes Jahr haben sich die GUS-Staaten auf ein gemeinsames Kommunikationssystem für ihre Streitkräfte geeinigt und ein entsprechendes Abkommen ausgearbeitet. Nun wird es von dem größten GUS-Staat Russland ratifiziert.

Das Abkommen wurde von der russischen Staatsduma gebilligt. Die entsprechenden Unterlagen wurden auf der Webseite des Portals für rechtliche Informationen veröffentlicht. Das gemeinsame Kommunikationssystem ist für den Informationsaustausch und die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der GUS-Staaten geschaffen worden, geht aus dem Wortlaut des Abkommens hervor.

Laut dem auf eine unbestimmte Zeit abgeschlossenen Dokument trat das Abkommen für Russland am 28. November in Kraft, dabei ist es für alle GUS-Mitgliedsstaaten offen. Neben der Russischen Föderation sind dem Abkommen bisher Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan beigetreten.

Es wird davon ausgegangen, dass die Hauptaufgaben dieses Systems die Bereitstellung von Kommunikationsdiensten und der Informationsaustausch im militärischen Bereich, die Zusammenarbeit im militärischen Bereich, die Herstellung der kompatiblen nationalen und speziellen Kommunikationssysteme sein werden.

Das System soll von einem speziellen Ausschuss der GUS-Staaten koordiniert werden. Dem Dokument zufolge wird ein Teil der Streitkräfte und Mittel des gemeinsamen Kommunikationssystems der an dem Abkommen teilnehmenden Länder in ständiger

Alarmbereitschaft sein.

Gleichzeitig verpflichten sich die Vertragsparteien, die im Rahmen des Betriebs dieses Kommunikationssystems erhaltenen Informationen nicht an Drittstaaten zu übermitteln, sowie die erhaltenen Daten nicht zum Nachteil anderer Vertragsparteien zu verwenden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/01/47734_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_b5ffb059bf118ed5f0aa814283c35b00.jpg

snanews.de: **Taliban streben eigene UN-Vertretung an**

Vertreter der Taliban haben die Vereinten Nationen erneut aufgerufen zu prüfen, wer Afghanistan auf internationaler Ebene repräsentieren darf.

Der Vollmachtenprüfungsausschuss der Vereinten Nationen hatte zuvor verkündet, die Entscheidung zu den internationalen Vertretungen Afghanistans und Myanmars zu verschieben. Später hat die Generalversammlung den Bericht des Ausschusses gebilligt.

„Die neue afghanische Regierung hat als zuständiges Organ, mit dem Recht auf Souveränität über ganz Afghanistan und durch die Gewährleistung der Sicherheit für alle Afghanen, das Recht, das afghanische Volk in der Uno zu vertreten“, erklärte Abdul Kahar Balhi, Sprecher des afghanischen Außenministeriums, auf Twitter.

Ein Sprecher des Außenministeriums in der afghanischen Übergangsregierung bezeichnete die Entscheidung, das Urteil über die Vertretung des Landes zu verschieben, als eine Verletzung der Rechte des afghanischen Volkes.

Zuvor hatten Vertreter der Taliban der Uno schriftlich mitgeteilt, dass sie den von der früheren Regierung ernannten afghanischen Botschafter Ghulam Isakzai nicht als ihren Vertreter anerkennen. Als neuen Vertreter haben sie den Taliban-Sprecher in Doha, Mohammad Suheyl Sahin ernannt. Isakzai hatte die militant-islamistische Bewegung seit ihrer Machtübernahme mehrfach im Rahmen der Uno kritisiert, insbesondere wegen der Menschenrechtsverletzungen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/14/4036890_0:137:3153:1910_1920x0_80_0_0_22f4bf95537a1a04441b9a68e46539b5.jpg